



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Politischer Monatsbericht.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Politischer Monatsbericht.

Leipzig, Ende Juni.

Nachdem das Herz Europas anderthalb Jahre lang die Aufmerksamkeit der europäischen Politiker ausschließlich auf sich gelenkt, die luxemburger Frage im vorigen Monate Aller Augen auf das berliner Cabinet geheftet hatte, haben die letzten vier Wochen die Hauptstädte des äußersten Westens und des Ostens, Paris und Moskau, zu Centren des Interesses gemacht. Während die französische Hauptstadt — das Zifferblatt des Welttheils, wie man vor dreißig Jahren sagte, — die Fürsten und Staatsmänner der gegenwärtigen europäischen Ordnung versammelte, feierten die Stämme des jungfräulichen Ostens an der Moskwa ein Verbrüderungsfest, das der Aufrichtung einer Weltherrschaft der Zukunft galt oder gelten sollte. An beiden Orten scheinen positive Resultate von Bedeutung nicht erreicht worden zu sein und das Treiben der journalistischen Kärner, die es mit einem neuen Bau der Könige zu thun zu haben meinten, kann für vergebliche Arbeit gelten. Eine Einigung in Sachen des Orients ist nicht erzielt worden und die freundlichen Beziehungen, welche zwischen Preußen und Frankreich gesponnen worden, erinnern an die Gespinne der Penelope, welche Tags gewirkt und Nachts wieder aufgetrennt wurden. Vor der Hand hat der preussische Besuch in den Tuilerien allerdings eine freundlichere Sprache der pariser Presse zur Folge gehabt; Herr Forcade, dessen *Chronique de la quinzaine* dem Grafen Bismarck noch am 2. Juni zurief, er solle Dänemarks Forderungen an Nordschleswig gerecht werden, wenn er in Frankreich freundliche Gesichter sehen wolle, constatirt vierzehn Tage später, Preußen und Frankreich könnten Frieden halten, da sie nichts von einander zu gewinnen oder zu verlieren hätten und bezeichnet die Forderungen eines Arrangements wegen der ehemaligen Bundesfestungen als Ansprüche, von denen man zur Zeit keinen Gebrauch machen wolle. — Die officiellen und officösen Blätter sprechen sich gleichfalls ziemlich befriedigt aus, der Ton aber, in welchem geredet wird, bezeichnet deutlich, daß die Verstimmung wegen der Neugestaltung Deutschlands nur zum Schweigen gebracht, nicht beseitigt ist. Da Preußen durch seine Nachgiebigkeit in der luxemburger Angelegenheit Concessionen, die sonst nicht undenkbar gewesen wären, aus dem Bereich des Möglichen gestrichen hat, leben wir in Bezug auf auswärtige Verwickelungen in demselben Provisorium, wie vor vier Monaten.

Die Parteien innerhalb Landes thun allerdings, als ob die auswärtigen Grenzboten III. 1867.

Angelegenheiten ihnen das volle Recht zur Wiederaufnahme innerer Händel gewährten. Für die Radicalet und für die Particularisten sind Gefahren, welche die deutsche Gesamtheit bedrohen, freilich kaum jemals Gründe zur Bescheidung oder Mäßigung gewesen, die „Sächsische Zeitung“ und ihre Glaubensgenossen am Neckar haben von einer Solidarität der Interessen niemals etwas gewußt und für die Sprache, welche sie führten, kein anderes Maß als die Rücksicht auf die Sicherheit der Sprecher gekannt — bemerkenswerth ist aber, daß auch die preussische fortschrittliche Presse Miene macht, auf den status quo ante zurückzukehren, das alte Selbstvertrauen und die alte Rücksichtslosigkeit wiederzugewinnen. Das neuerdings veröffentlichte Programm der Nationalliberalen ist von dieser Seite her mit einer Bitterkeit angegriffen worden, im Vergleich zu der die mißgünstige Sprache der berliner Officiösen sich wie freundschaftliches Schmolten ausnimmt. Die Leitartikel der „Zukunft“ über die „Plattform“ unserer Partei hätten ebensogut in der „Sächsischen Zeitung“ stehen können wie umgekehrt und wenn die Verhältnisse sich nicht ändern, steht für die nächste Zukunft ein Hader bevor, dem die Versöhnlichkeit der Nationalen vergeblich die Spitze abzubringen versuchen wird. Der Demokratie gegenüber befindet unsere Partei sich in einer Lage, welche mit der Stellung des preussischen Cabinets zu dessen Alliierten entschiedene Aehnlichkeit hat; je freundlicher und entgegenkommender die Haltung derer ist, welche die Entscheidung in Händen haben, desto krauser wird die Miene der andern Seite, welche von der einzigen Fähigkeit, welche sie besitzt — der, zu negiren — alsbald den weitesten Gebrauch macht, unbekümmert um die Wirkungen dieses Verhaltens auf die gemeinsamen Interessen. Wie man praktische Politik zu treiben habe, wird der deutsche Liberalismus erst lernen, wenn er einmal dauernd im Regiment gewesen und die Verantwortlichkeit desselben getragen — so lange das nicht geschehen, läßt sich die innere Wandelung, zu welcher das Jahr 1866 so reiche Aussichten bot, trotz allem dem und allem dem nicht hoffen. Eine Opposition quand même muß ein positives Regierungsprogramm in der Tasche haben, regierungsfähig und regierungsbereit sein, wenn sie ihr volles Gewicht auszuüben im Stande sein soll — an einem solchen fehlt es unsern befreundeten Gegnern aber ebenso, wie den süddeutschen Particularisten und Demokraten, darum ist mit ihnen nicht zu reden. Wollte die nationale Partei sich das sagen und ihre Unterscheidung von der Demokratie vornehmlich in der Fähigkeit und Bereitschaft zu künftiger Theilnahme an der Regierung suchen, es würde sich der rechte Tenor, in welchem nach beiden Seiten hin zu reden ist, von selbst finden; jene Versicherungen von bloß theilweiser Meinungsverschiedenheit, von ungestörter Einheit in Bezug auf die letzten Fragen, in welchen man sich bisher ergangen, sie führen doch zu nichts und werden von den Gegnern als Bekenntnisse der Schwäche, als Mangel an Selbstvertrauen aufgefaßt und gemißbraucht. Alle Hinweise auf die Erfolge der

Feudalpartei, welche es nicht verschmäht hat, von den Gegnern zu lernen und in Bezug auf innere Fragen alle Meinungsverschiedenheit mit entschiedenem taktischem Geschick zu verdecken weiß, — sie sind vergeblich, so lange unserer Demokratie nicht die praktische Erfahrung zu Hilfe kommt, welche sich nur in einer „positiven Position“, nimmer in der Opposition gewinnen läßt. Die schlimmste Wirkung, welche der Verfassungskstreit hinterlassen, besteht aber darin, daß die Opposition, weil ihr jeder Einfluß auf den thatsächlichen Gang der Dinge versagt blieb, schließlich auf praktische Erfolge ganz verzichtete, mehr und mehr der politischen Wirklichkeit entrückt wurde und schließlich dabei ankam, mit Factoren zu rechnen, die gar nicht mehr vorhanden waren. Charakteristisch genug ist es, daß man in Deutschland und unter den deutschen Liberalen von Realpolitikern wie von einer Species neben andern Gattungen redet, als ob eine andere wie die realistische Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten vernünftigerweise überhaupt möglich wäre!

Beim Beginn des Junimonats standen für Preußen und die deutsche Sache zwei Angelegenheiten von Bedeutung vor der Thür: die Grenzregulirung in Nordschleswig und die Zolleinigung mit dem Süden. Bei dem wachsenden Selbstvertrauen, welches die Gegner inösesamt seit den luxemburger Concessionen zur Schau zu tragen für geboten halten, hat es nicht ausbleiben können, daß Dänemark seine Forderungen hinaufschraubte und (wie die „Kreuzzeitung“ neulich mittheilte) von Garantien für den Schutz der Nationalität mit abgetretener deutscher Bezirke und Individuen nichts wissen wollte; so ist diese Frage dem Anscheine nach in einer Schwebelage geblieben, die noch lange dauern kann. Desto rascher und erfreulicher ist die Entscheidung in Sachen der Zolleinigung mit den Staaten jenseit des Rhins ausgetragen worden und das Gerede von Bayerns Abneigung gegen ein neues Abkommen und dem eventuellen Ausscheiden dieses Staats aus dem Zollbunde hat sich in seine Bestandtheile d. h. die frommen Wünsche patriotischer Zeitungsschreiber an der Pleiße, dem Reich und der Zsar aufgelöst. Wohl wird behauptet, der Zutritt des Cabinets Hohenlohe zu den zustimmenden Unterschriften Württembergs und Badens sei nur durch die Entschiedenheit des münchener Premiers, der mit Rücktritt gedroht, erzwungen worden — wahrscheinlicher ist es, daß einfach die wirtschaftliche Vernunft über einen Patriotismus obgestiegen hat, dessen Zuverlässigkeit und Opferbereitschaft bei Geldfragen genau an demselben Punkt aufhört, wie die Gemüthlichkeit.

Daß der wirtschaftlichen Einigung in Bälde auch die politische folgen müsse, ist eine landläufige Phrase, die von denen am häufigsten wiederholt wird, die sich mit der Herstellung der Einigkeit am wenigsten befassen; eine relative Wahrheit wohnt ihr aber doch inne. Abgesehen von der günstigen Gelegenheit zur Annäherung und zum Meinungsaustausch, welche die Delegirtenconferenz

selbst bietet, gewinnt die Arbeit für den Anschluß des Südens an den Norden erst nach Herstellung einer dauernden Solidarität der wirthschaftlichen Interessen wirklichen Boden. Für einen deutschen Staat, der nicht den alten Barbarossa zum Kaiser, nicht die Reichsstadt Frankfurt zum Mittelpunkt, nicht schwäbische und bayrische Schwert- und Bannerträger zu seinen Hauptstützen hat, wird man die süddeutschen Klerikalen, Particularisten und Demokraten so leicht nicht begeistern, die Agitation muß an die realen Verhältnisse des Handels und Wandels anknüpfen, fortgesetzt auf die Ernüchterung der Gemüther hinwirken, das politische Urtheil aus der Sphäre beschränkter Gemüthlichkeit und hergebrachter Neigung befreien und an die Unterordnung unter die Vernunft gewöhnen. Für Politiker, welche folgerichtig zu denken und zu handeln gewohnt sind, läge es am nächsten, der Vereinheitlichung der wirthschaftlichen und materiellen Interessen durch Zusammenschluß der militärischen Kräfte die nöthigen äußeren Garantien zu schaffen; daß der Süden, wenn er sich selbst überlassen bleibt, eine gemeinsame Heeresorganisation nicht zu Stande zu bringen vermag, ist unwiderleglich bewiesen und hat dargethan, daß man im Großen und Ganzen trotz der bitteren Erfahrungen des vorigen Jahres wenig gelernt und nichts vergessen hat. Entschließt man sich nicht zu einer militärischen Unterordnung unter den norddeutschen Bund, so wird man jenseit des Main kriegerischen Eventualitäten der Zukunft sicher mit derselben Rathlosigkeit entgegengehen, die sich Anno 1866 manifestirte, denn es liegt für die Annahme, daß Württemberg von den bayrischen Militäreinrichtungen etwas lernen könne, allerdings ebensowenig Grund vor, wie für das umgekehrte Verhältniß, und die Aehnlichkeit der badischen Organisation mit der preussischen ist nach den in Stuttgart und München herrschenden Anschauungen genügend, um von jeder Annäherung an die letztere Abstand zu nehmen. Würde von den süddeutschen Particularisten nach einem bestimmten Programm gehandelt, würden feste Ziele, sei es auch von zweifelhaftestem Werthe, angestrebt, die Sache stände immer noch günstiger als jetzt, wo Rathlosigkeit und Impotenz systematisch gehegt und gepflegt werden und jede Transaction der Regierungen wie der Parteien unmöglich machen. So viel auch mit der Wiederaufrichtung des Zollbündnisses gewonnen ist, daß zwischen dieser und der politischen Verständigung eine weite Kluft bestehen kann, lehrt u. a. das Beispiel Nordamerikas, wo — umgekehrt wie bei uns — Süden und Norden trotz vieljähriger staatlicher Einigung seit Jahrzehnten einen wirthschaftlichen Krieg führen, zur Evidenz. Allerdings liegen die Verhältnisse bei uns einfacher als jenseit des Oceans; hüben wird wirthschaftliche und politische Vernunft von einer und derselben Seite repräsentirt, während drüben der engherzige Protectionismus des Nordens dem particularistischen Süden zu den gegründetsten Klagen Veranlassung giebt und eine aufrichtige Versöhnung unmöglich macht. Und trotzdem, daß der Norden andere wirthschaftliche Interessen hat als der Süden der

Union, giebt es dort eine gemeinsame Flotte und eine gemeinsame Armee zum Schutze dessen, was man gemeinsam besitzt! Wir sind eben keine Amerikaner und wollen noch immer nicht glauben, daß politisch gebildete Stämme auch zusammenstehen, wo nur Gründe der Vernunft, nicht Sympathie und Neigung zur Einigung rathen. Verglichen mit den Interessenverschiedenheiten, die in Nordamerika zum Bürgerkriege führten, nehmen sich die Differenzen zwischen den deutschen Staaten so kleinlich und kindisch aus, daß jede Weiterführung der Parallele unmöglich wird. Hätte sich um nichts weiter wie um die Rivalität zwischen Washington und Baltimore oder um „die berechnigte Eigenthümlichkeit“ des Südens gehandelt, die Auflösung der Union hätte nicht so viel Wochen gedauert, als sie Jahre in Anspruch genommen hat! — Wie uns scheint, muß die Erneuerung des Zollverbandes zum Ausgangspunkt für eine Agitation in der Militärfrage genommen werden; auf diesem Gebiet sind die Chancen für eine nüchterne Behandlung der Dinge immer noch am stärksten, denn daß die Zusammenhangslosigkeit der Armeen von Bayern, Württemberg und Baden nicht ewig dauern kann, werden auch diejenigen einzusehen vermögen, denen es sonst um die richtige Einsicht weniger zu thun, als um die Bethätigung traditioneller Selbstüberhebung.

Zur Zeit sind die Particularisten diesseit und jenseit des Main allerdings mit andern Dingen als mit der militärischen Misère des deutschen Südens beschäftigt: ihre Organe feiern die Triumphe der parlamentarischen Beredsamkeit des Freiherrn v. Beust im wiener Reichsrath, sie sonnen sich in der Freude über die pesther Königskronung und verkünden laut, ein Staat, der ein so liberales Ministerverantwortlichkeitsgesetz besitze, wie der österreichische, der innerhalb des eigenen Verbandes decentralisire, sei für die Führung Deutschlands wie geschaffen und müsse, früher oder später, in seinen deutschen Beruf wieder eingesetzt werden. In Oestreich selbst sieht man die Dinge ernster an; noch sind die bereits anerkannten und besiegelten Ansprüche der Ungarn mit den Interessen der Gesamtmonarchie und denen Deutschösterreichs nicht in Einklang gebracht, noch weiß niemand, wie sich das Verhältniß zu den außerungarischen Slawen, vor allem zu den Tschechen gestalten werde, deren aus Moskau zurückgekehrten Führer ungefügiger denn je geworden sind. Daß der Centralisation der transleithanischen Länder in der ungarischen Verfassung eine entsprechende Constituirung der cisleithanischen Gebiete folgen muß, versteht sich von selbst. So wenig die Föderalisten Belcredi und Larisch mit dem Dualismus auszukommen vermochten, so unmöglich scheint es aber, daß Herr v. Beust ein Abkommen mit den föderalistischen Slawenführern trifft, nachdem er dem von diesen in den Tod gehaftten Dualismus zu einem Siege verholfen, der nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Während der großdeutsche Unverstand unserer Particularisten den Sieg „der freiheitlichen Entwicklung“ in Wien feiert, weiß jeder

Oestreicher, daß von Parlamentarismus und echt constitutionellem Regiment erst die Rede sein kann, wenn die Fragen nach der künftigen Form des Kaiserstaates, der Auseinandersetzung zwischen Ungarn und Mählarungarn, und der Verständigung zwischen Deutschen und Slawen, beantwortet sind. Bis das geschehen, hat es noch gute Wege und für die nächste Zukunft der sogenannten „Freiheitsfrage“ in Oestreich ist die trotz des Abkommens mit der Nationalbank geschehene Notenemission des Finanzministeriums sehr viel typischer als das liberale Ministerverantwortlichkeitsgesetz, oder das „ächt-parlamentarische“ Verhalten des k. k. Cabinets in Sachen der wieder beanstandeten Befestigung Wiens. Man ist im andern Lager mit Vergleichen zwischen Wien und Berlin stets bei der Hand gewesen, wo diese sich auf Unkosten Preußens anstellen ließen — warum geht man jetzt der Frage aus dem Wege, ob ein Vorgang wie dieser in Berlin möglich gewesen wäre? Der moralische Credit eines Staates steht mit dem finanziellen stets im engsten Zusammenhang und so lange die leichtsinnige und leichtfertige östreichische Notenwirthschaft ihr Spiel weiter treibt, Preußens Finanzverhältnisse aber allem militärischen Aufwande zum Trog mustergiltig bleiben, wird es den „Idealpolitikern“ gelbweißer, grünweißer oder schwarzgelber Farbe nicht gelingen, den Einfluß des Kaiserstaats zu reetabliren. Sicherheit des Eigenthums wird stets die erste Forderung staatlicher Existenz und „freiheitlicher“ Entwicklung bleiben und kein liberales Ministerverantwortlichkeitsgesetz, kein Parlamentarismus kann ersetzen, was durch eine Finanzwirthschaft, die sich über übernommene Verpflichtungen hinwegsetzt und die einfachsten Zustände des Privatrechts verlegt, verloren geht.

Nicht in Oestreich allein, auch in Rußland hat es während des abgelautenen Monats ein parlamentarisches Ereigniß gegeben; Anfang Juni wurde der seit dem Januar versammelt gewesene finnische Landtag geschlossen. Dieser nach altschwedischem Muster aus vier Ständen zusammengesetzte Körper, der nach beinahe fünfzigjähriger Quiescirung im Jahre 1862 von dem gegenwärtigen Beherrscher Rußlands zum ersten Male wieder einberufen worden war, hat während seiner letzten Diät eine Reihe für das Großherzogthum Finnland wichtiger Gesetze discutirt. Die bereits früher beschlossene Einführung der an Stelle des Schwedischen tretenden finnischen Sprache in Kirche, Schule und Gerichtshof ist im Detail berathen und durchgeführt, die Gleichberechtigung aller Confessionen mit der bis dazu ausschließlich herrschenden lutherischen Kirche bewilligt, der privilegirte Gerichtsstand des Adels aufgehoben, endlich in dem aus allen vier Curien bestickten ständischen Ausschuß ein Organ geschaffen worden, das die Vorberathung künftiger Gesetzesvorschläge außerhalb der beengten ständischen Schranke vornehmen kann. Von weitergehendem und wahrhaft allgemeinem Interesse ist namentlich die Einführung der finnischen Sprache an Stelle der schwedischen, d. h. die Vertauschung einer alten Cultursprache

mit einer eben aus dem Rohen herausgearbeiteten Bauernsprache. In Finnland leben bekanntlich zwei verschiedene Stämme neben einander; Edelleute, Geistliche und städtische Bürger sind schwedischen, Bauern und Kleinbürger finnischen Ursprungs. Seit Anfang des Jahrhunderts erhob eine jungfinnische Partei, die zunächst aus Literaten bäuerlichen Ursprungs gebildet war, Ansprüche auf Befreiung von dem herrschenden schwedischen Element und vollständige Anerkennung ihrer Nationalität, indem sie zugleich Miene machte, mit der russischen Demokratie, die dem finnländischen „Separatismus“ stets feindlich zugesehen, eine Alliance gegen die Privilegirten zu schließen. Aus Furcht vor den Folgen eines solchen Bündnisses entschlossen die herrschenden Classen sich nach hartem Kampf und Angesichts der zunehmenden Bedeutung der fennomanen Agitation zu einem freiwilligen Verzicht, der die Gegner entwaffnen sollte. Zuerst wurde die Gleichberechtigung, später die (das Schwedische übrigens nicht ganz ausschließende) Präponderanz des Finnischen ausgesprochen. Da Finnland seine Cultur ausschließlich schwedischen Einflüssen dankt, sein geistiges und wissenschaftliches Leben hauptsächlich durch die Literatur des stammverwandten Nachbarlandes fristet, die Finnen ein wenig zahlreiches Volk sind und kaum die Anfänge einer eigenen Literatur besitzen, kann dieser Verzicht für das kleine Großfürstenthum in der Folge sehr bedenklich werden, wenn anders nicht das schwedische Element im Stande ist, das rechtlich aufgegebenes Terrain factisch zu behaupten, beziehungsweise zurückzugewinnen. Bei dem Landtage, der sich u. a. auch mit der Durchführung dieses Beschlusses beschäftigte, ist es übrigens ohne einen kleinen, in höchst eigenthümlicher Weise gelösten parlamentarischen Conflict mit der Regierung nicht abgegangen. Unter den zahlreichen, zum Theil entschieden zweckmäßigen Gesetzesvorschlägen, welche das Gouvernement eingebracht hatte, befand sich einer, der nicht angenommen, sondern mit großer Entschiedenheit zurückgewiesen worden war: ein Gesetz zur Zügelung der vor einigen Jahren von der Präventivcensur befreiten periodischen Presse Finnlands, bezüglich welcher, dem Presseglement für die russischen Hauptstädte (in den Provinzen besteht die Präventivcensur) analoge Vorschriften projectirt waren. Mit Beziehung auf die Zurückweisung dieses Vorschlags enthält die am Schluß der Diät von dem finnländischen Generalgouverneur im Namen des Kaisers gehaltene Thronrede den nachstehenden Passus: „Bei aller Anerkennung Ihrer fleißigen Thätigkeit kann ich nicht umhin, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß hinsichtlich einiger Fragen über meine Absichten Mißverständnisse eingetreten sind, welche mich zwingen, zu Anordnungen meine Zuflucht zu nehmen, denen ich durch gegenseitige Uebereinstimmung auf dauerhafter und ersprißlicher Grundlage vorzubeugen gewünscht hätte. Um die entstandene irrthümliche Auffassung hinsichtlich der Behandlung vom Kaiser dem Landtage gemachter Vorschläge zurechtzustellen, habe ich gleichzeitig hiemit den finnl. Landtag auf die

bestehenden Gesetze aufmerksam gemacht.“ Einige Tage später meldeten die petersburger Blätter, verschiedene die finnländische Presse einschränkende Vorschriften seien „auf dem Wege der Verwaltung“ eingeführt worden; erforderlichen Falls sei die Regierung entschlossen, die Verhältnisse der periodischen Presse des Großfürstenthums den für das Reich geltenden Reglements gemäß zu modificiren! — Für diesen parlamentarischen Zwischenfall in einem entlegenen kleinen Lande wird man in Deutschland übrigens kaum mehr Theilnahme haben als in Rußland, wo trotz der nahen Verwandtschaft der Interessen die finnländische Thronrede im Lärm der Slawenfesten verhallt ist.

So „programmäßig“ und ungestört die ziemlich lange Reihe dieser Feste verlief, ganz ohne Erörterungen über die polnische Frage und die bezüglich dieser bestehende Meinungsverschiedenheit zwischen Russen und nichtrussischen Slawen ist es in Moskau nicht abgegangen. Nachdem man wochenlang jede öffentliche Verührung dieses heiklen Themas vermieden, ergriff Nieger bei Gelegenheit eines großen von der moskauer Commune gegebenen Bankets zu längerer Rede das Wort, indem er unter wiederholter und nachdrücklicher Verurtheilung des letzten polnischen Aufstandes das russische Bestreben nach vollständiger Ausrottung des polnischen Elements als unberechtigt und unbrüderlich angriff und mit der Mahnung zu freundlichem Entgegenkommen und großherziger Verzeihung der Sieger gegen die Besiegten schloß. Man war höflich genug, diese Rede, welche in das Herz des national-demokratischen Programms einschneidet, bis zu Ende anzuhören; als aber Fürst Tscherkassky\*) auftrat und Nieger zu widerlegen suchte, indem er auf die polnische Undankbarkeit gegen das großherzige Rußland hinwies und von den Polen den ersten Schritt zur Annäherung verlangte, brach der verhaltene Unwille darüber, daß eine öffentliche Fürsprache zu Gunsten des unglücklichen Volks auf moskowischer Erde überhaupt gewagt worden, in Form begeisterter Zustimmung zu den von Tscherkassky gesprochenen Worten aus. Die Lehre von der Unmöglichkeit einer Versöhnung des die slawisch-demokratische Idee repräsentirenden Russenthums mit dem „zu den Götzen des Occidentalismus und der Aristokratie“ abgefallenen Polonismus gehört bekanntlich zu den Axiomen der russischen Demokratie, über welche jede Debatte ausgeschlossen ist. — Wie sich der Kampf dieser streitenden Principien im praktischen Leben gestaltet und welche Gestalt die leitenden Ideen in Wirklichkeit annehmen, ist in Moskau allerdings nicht erörtert worden, — in Galizien und im Königreich Polen haben die bezüglichlichen Auseinandersetzungen unterdessen ihren ununterbrochenen Fortgang genommen. Aus Ostgalizien wird neuerdings ein socialistischer Putsch russischer Bauern gegen ihre, noch an dem westeuropäischen Princip des persönlichen

\*) Polnischer Minister des Innern von 1863—65 und Haupt der „missionären“ russischen Bureaucratie in den polnischen Provinzen.

Eigenthums festhaltenden polnischen Herren gemeldet und wenige Tage nach Erlaß des (auf der pariser Reise des Kaisers zu Wirballen unterzeichneten) Amnestieukases veröffentlichte der warschauer Staatsanzeiger zwei kaiserliche Decrete, durch welche die katholische Eparchie von Podlachien und das polnische Unterrichtsministerium aufgehoben wurden, letzteres um dem russischen Ministerium der Volksaufklärung untergeordnet zu werden. — Niegers Rede ist wochentlang der Gegenstand eifriger Widerlegungen und Proteste der russischen Journalistik gewesen, deren Organe sich im Uebrigen in Höflichkeiten gegen die Brüder und Gäste überboten haben. Der vielerfahrene Czechenführer hat es indessen verstanden, die Schatten, welche seine polenfreundlichen Worte auf die Festesfreude geworfen, einige Tage später zu verscheuchen, indem er die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer auf eine Angelegenheit lenkte, welche — nach slawischer Anschauung — gleich der polnischen ein slawisches Internum zu werden bestimmt ist — die orientalische Frage: die russischen Brüder wurden von dem czechischen Redner in begeisterten Worten zur Befreiung der unter türkischem Joch schmachenden Slawenstämme aufgefordert; schon früher war in demselben Sinne von einem serbischen Studenten aus Wien unter allgemeiner Zustimmung gesprochen worden.

In den Augen seines Volks hat Rußland doppelte Ansprüche an die Erbschaft der am Bosporus belegenen Länder: einmal weiß man sich den in der Türkei lebenden slawischen Stämmen durch Bande des Bluts und der kirchlichen Gemeinschaft verbunden und zweitens spielt das alte Byzanz in der russischen Volkstradition eine ähnliche Rolle, wie sie Rom in den Augen des deutschen Mittelalters einnahm. Das oströmische Reich war die Wiege der kirchlichen Cultur, welche vor neun Jahrhunderten zu den Rußland bewohnenden Slawen drang und der diese die Grundlagen ihrer Bildung danken; die Slawenzüge nach Byzanz sind für die russischen Romantiker von demselben poetischen Zauber umgeben, den die Römerfahrten in den Augen unserer Vorfahren hatten, und die Fiction von der Fortsetzung des oströmischen Reichs in dem russischen ist in dem russischen Volksglauben ebenso fest begründet, wie seiner Zeit die deutsche Sage von dem im heiligen römischen Reich deutscher Nation wiedergeborenen imperium romanum. Rußlands Haltung in der orientalischen Frage ist von diesen Volkanschauungen niemals ganz unabhängig gewesen, und wenn das petersburger Cabinet zur Zeit eine reservirte Haltung einnimmt und in Stambul gemeinsam mit den Vertretern Oestreichs und der Westmächte vorgeht, so geschieht das immer auf Unkosten der Popularität im eignen Lande, denn die eigentlich treibende Kraft ist nicht der Ehrgeiz der Regierung, sondern die durch eine uralte Tradition geheiligte öffentliche Meinung. Konnte es trotz der Strenge des russischen Preßgesetzes doch noch vor einigen Wochen geschehen, daß ein petersburger Journal (der von Krajewski, dem russischen Girardin, herausgegebene „Golosz“) der Regierung vorwarf, sie nehme den auf Candia kämpfenden

Griechen gegenüber eine ähnliche Stellung ein, wie sie die Westmächte angefiht des polnischen Aufstandes von 1863 behauptet d. h. sie unterstütze durch ihr moralisches Gewicht einen Aufstand, der, wenn ihm nicht praktische Hilfe zu Theil werde, zum Verderben der Aufständischen werden müsse. Die orientalische Politik der Westmächte ist Cabinetspolitik im eigentlichen Sinne des Wortes, — sie findet höchstens in den materiellen Interessen ihrer Völker eine Unterstützung, wird der lebendigen Theilnahme derselben aber stets durch ihre kühle, berechnete Natur entrückt bleiben, während die Hauptstärke Rußlands im Orient auf einer Tradition ruht, deren religiöse Weihe bei den Slawen Rumeliens dieselbe Geltung genießt, wie bei den Großrussen Moskaus.

Die nationale Bedeutung der orientalischen Frage für Rußland und die Russen wird ein dauerndes Zusammengehen des petersburger Cabinets mit den Regierungen von Frankreich, England und Oestreich niemals möglich machen, die Voraussetzungen, von denen hien und drüben ausgegangen wird, sind eben grundverschiedene. Für das russische Volk spielt die orientalische Frage so ziemlich dieselbe Rolle, wie die Rheingrenze für die Franzosen; so hienweit die Ziele und Tendenzen der verschiedenen Parteien auch auseinandergehen, in diesem Punkte sind sie einig — mag man principiell alle Gedanken an Erweiterung der Reichsgrenzen und auswärtige Kriege verworfen haben, es braucht nur das eine verhängnißvolle Wörtlein gesprochen zu werden, um alle mühsam aufgebauten Systeme über den Haufen zu werfen und einen jähen Umschlag der Gemüther zu bewirken. Selbstverständlich handelt es sich dabei um kein bestimmtes Programm und wenn petersburger und moskauer Journale von Zeit zu Zeit versichern, an eine Einverleibung des Gebiets der Pfordte in die russischen Grenzen werde in Rußland nirgend gedacht, so ist das in gewissem Sinne wahr: klare Vorstellungen von dem, was sie im Orient wollen, haben die Wenigsten, aber grade darum sind die Massen zu jeder Action bereit, welche das Banner mit dem zweiköpfigen Adler auf die Thürme der Aga Sophia zu pflanzen und das griechische Kreuz an die Stelle des Halbmondes zu setzen, Aussicht hat. — Bewegen die Dinge sich in den Bahnen weiter, in welche sie einmal gelenkt sind, so sind Rußlands Chancen im Orient günstiger und verheißungsvoller, als die irgendeines andern europäischen Staats; es handelt sich um nichts weiter als um den ungehemmten Fortgang einer natürlichen Entwicklung, welche die reife Frucht dem Oberhaupt des größten griechisch-orthodoxen Stammes in den Schoß wirft.

Auch die officiösen russischen Journale haben die Kaiserreise nach Paris mit einer neuen Phase der Candia betreffenden Verhandlungen in Beziehung gesetzt, der Erfolg hat aber ihre Erwartungen nicht gerechtfertigt. Soweit sich nach Zeitungsnachrichten urtheilen läßt, sind die pariser Conferenzen über diese Frage (wenn anders solche überhaupt stattgefunden haben) resultatlos geblieben.

Die Noten, mittelst welcher der Pforte die Niederlegung einer Enquête-commission zur Prüfung der eandischen Zustände vorgeschlagen wird, waren der Hauptsache nach schon früher beschlossen worden.

Der pariser Besuch des Sultans wird für die Antwort auf diesen Vorschlag, an dessen Annahme England und Frankreich ebenso viel, als Rußland wenig gelegen sein muß, entscheidend sein und eröffnet der Diplomatie der Westmächte ein weites Feld der Thätigkeit. Es ist sicher nicht zufällig, daß die pariser Presse in letzter Zeit in Sachen des Orients ziemlich schweigsam gewesen ist, dieser Ebbe soll beim Einzuge Abdul-Aziz in die französische Hauptstadt eine journalistische Hochfluth folgen, um der Regierung neben andern Diensten auch den der Ableitung des öffentlichen Interesses von den Verhandlungen des Corps legislativ zu leisten. Daß es für die Regierung nicht gerathen ist, die Pariser auch nur einen Augenblick sich selbst und den eigenen Gedanken zu überlassen, hat sich bei Gelegenheit der ersten Wiederaufführung des Jahre lang verboten gewesenen hugoschen „Hernani“ freilich deutlich gezeigt. Der Enthusiasmus, mit dem Presse und Publikum dieses mittelmäßige und dazu schlecht dargestellte Stück begrüßt haben, hat nicht der neuromantischen Schule der Restaurationszeit, sondern dem nach Guernsey verbannten Autor des „Napoleon le petit“ gegolten, einem Manne, der an und für sich alles Recht hätte, zu den Todten gelegt zu sein. Bei der Oppositionslust, die in der gegenwärtigen pariser Luft liegt, und der deutlich bekundeten Absicht Thiers, Glaize-Bisoin, Favres und der übrigen Repräsentanten der parlamentarischen Minorität werden die Vorlagen über das neue Preßgesetz, das Versammlungsrecht und die Armee-reorganisation\*) manchen Sturm zu bestehen haben, ehe sie glücklich in den Hafen gelotset sind. Selbst in regierungsfreundlichen Kreisen sieht man den Reorganisationsplan ziemlich mißgünstig an und Glaize-Bisoin's höhnische Phrase von dem Gesetz über die Versammlungsfreiheit, das nach einem Attentat auf diese Freiheit aussehe, charakterisirt den Ton, in welchem man die Regierungsconcessionen von Seiten der Opposition zu behandeln gedenkt. Nach den neuesten Nachrichten denkt der Kaiser bereits an Vertagung, wie die Independance belge wissen will, an Auflösung der Kammer und Ausschreibung neuer Wahlen für den Herbst. Da das Budget und das Militärgesetz aber jedenfalls vor der Vertagung discutirt werden sollen, kann die Beschäftigung mit einer zurückgelegten Frage, wie der orientalischen, der Regierung nur willkommen sein; die Officiösen haben bereits begonnen, dieselbe wieder in Wendung zu bringen.

Bis jetzt werden die müßigen Stunden der Pariser noch immer mit Be-

---

\*) Wir machen die Leser auf ein soeben erschienenes nach amtlichen Quellen bearbeitetes Buch über „Das französische Heerwesen“ von Hermann Pfister, Hauptmann à la suite u. s. w. (Kassel, bei Carl Luchardt) aufmerksam.

trachtungen über die Lage Deutschlands ausgefüllt; es ist aber nicht sowohl das neu ausgegebene Gelbbuch über die luxemburger Angelegenheit, als das perfide Alarmgeschrei der „Situation“ und des „Monde“, mit welchem man die öffentliche Aufmerksamkeit zu beschäftigen sucht. Während sich die wiener Blätter trotz aller Abneigung gegen das vergrößerte Preußen von dem Treiben der in Hiezing versammelten hannoverschen Emigration abwenden und das Loos des Welfenkönigs als verdienten und unabänderliches ansehen, finden der ohnmächtige Grimm und die intrigante Verlogenheit der höfischen Particularistenpartei in den genannten pariser Journalen bereitwillige Organe. Wenn dieser Mohr seine Pflicht gethan, wird man auch ihm die Thür zu weisen wissen, denn daß der norddeutsche Bund mit Hebeln dieser Art nicht aus den Angeln gehoben werden wird, weiß man in Paris ebenso gut wie in Wien. In Illusionen über diesen Punkt zu leben, ist das Privilegium des hannoverschen Exkönigs und jener würdigen deutschen Collegen des Lohnschreibers Halländer, welche die Sprache der „Situation“ in das Sächsische oder Schwäbische zu übersetzen und das Nützliche mit dem Unangenehmen zu verbinden bestrebt sind, sich heute in welfischem Legitimismus, morgen in demokratischer Großsprecheri ergehend.

In England hat die d'israelische Reformbill so ausschließlich alle Interessen in Anspruch genommen, daß die Fragen der großen europäischen Politik eine bloß episodische Behandlung in den beiden Häusern des Parlaments erfuhren. Fehlt den Verhandlungen über das neue Wahlgesetz auch das dramatische Leben, das die greysche Reformbill in den bewegten Tagen, welche der Julirevolution folgten, zum bedeutendsten Ereigniß der Zeit machten, so bieten die bezüglichen Verhandlungen (die den Sieg der Tories täglich wahrscheinlicher machen) doch mannigfache neue Gesichtspunkte zum Studium der parlamentarischen Zeitgeschichte. Die Ueberlebtheit der alten Parteigliederung, die in Anlaß des laingschen Antrags wieder einmal deutlich hervortrat, und die Bedeutungslosigkeit, zu welcher das Haus der Lords herabgesunken, stellen es außer Zweifel, daß den englischen Institutionen eine Krisis bevorsteht, deren wachsende Dimensionen mit dem Aufschub der Reform, den Palmerston und später die Abdullamiten verschuldeten, in verhängnißvollem Zusammenhang stehen. Während die Haltung der Peerschaft noch vor 25 Jahren von entscheidendem Einfluß auf das Geschick des grey-russellschen Reformwerks war, die bezüglichen Debatten im Oberhause von ganz England mit athemloser Theilnahme verfolgt wurden, ist die Schlassheit und Impotenz dieses Körpers heute der Gegenstand stets erneuerter Klagen der englischen Presse beider Parteien. Daß auch in dieser ersten Aristokratie der Welt „der Wille zum Leben“ schwächer zu werden beginnt, daß sich auch hier die Symptome für die Theilnahme des dritten Standes an dem Regiment mehren, dürfte die Aufmerksamkeit des Continents im höheren Maße verdienen, als die — besonders in Preußen übel vermerkte und in der

That ziemlich gewundene Erklärung Lord Stanleys über die Bedeutung der englischen Garantie in Sachen Luxemburgs. Ueber seine Abneigung gegen jede Einmischung in continentale Händel hat der edle Lord sich bereits vor Jahresfrist so deutlich ausgesprochen, daß uns seine letzten Auseinandersetzungen über die britische Auffassung einer Garantieübernahme nicht überraschend kommen konnten und so begreiflich die Verstimmung unserer Officiösen über die bezüglichen Aeußerungen ist, im Grunde wissen diese ebensogut wie andere Leute, daß Preußen in der luxemburger, wie in jeder anderen Frage nur auf sich selbst zu rechnen hat, wenn es Ernst wird. Die Geschichte der letzten Jahre ist zugleich die Geschichte des Absterbens der alten europäischen Politik, welche es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die internationalen Beziehungen der Völker dieses Welttheiles in ein von der großmächtlichen Diplomatie geleitetes System zu bringen. Wollen zwei streitende Völker es nicht zum Kriege kommen lassen, so übertragen sie dieser Diplomatie das Geschäft, die bereits früher gewollte Ausgleichung zu formuliren und zu paragraphiren, — andernfalls handelt es sich um nichts weiter, als um einen Aufschub, zu welchem diese Vermittlerin den Vorwand geben muß. Angesichts der thatsächlichen Isolirung, in welcher die einzelnen Staaten sich seit dem Krimkriege befinden, ist die Rolle der Diplomatie, in soweit diese mehr thut, als augenblickliche Beziehungen regeln, ausgespielt und die Garantie, welche sie dem europäischen Frieden bietet, ist sicher die schwächste von allen vorhandenen.

Wenn wir noch vermerken, daß Jefferson Davis gegen Bürgschaft seiner Haft entlassen und in den Stand gesetzt ist, von Amerika nach England überzusiedeln und daß pariser Journale den Erzherzog Maximilian bereits auf der Reise nach Europa begriffen sein lassen, so sind die hervorragendsten Begebenheiten des abgelaufenen Monats — von Ereignissen kann nicht wohl die Rede sein — recapitulirt, das erste Halbjahr 1867 beschloffen. Der Schluß des preussischen Landtags nach allendlicher Annahme der nun mehr publicirten Bundesverfassung durch das Herrenhaus leitet die politischen Ferien ein, welche für Deutschland mit dem Julimonat beginnen, dieses Mal durch die allgemeine Abspannung der Gemüther übrigens schon früher indicirt waren.

Die bevorstehende Zollvereinigung mit dem Süden und die angekündigte Tabaksteuer sind übrigens nicht die einzigen „Zeichen der Zeit“, unter denen das neue Halbjahr beginnen soll. In der sächsischen Localpresse circulirten jüngst Gerüchte von einer bevorstehenden Regierungsvorlage behufs selbstverständlich „liberaler“ Abänderungen der Verfassung unseres Königreiches; von diesen in omnem eventum Act zu nehmen, wollen wir nicht verfehlen!